

TASS, 7.5.03, nach BBC PF, 8.5.03; Interfax, 8.5.03, nach BBC PF, 9.5.03; Interfax, 15.5.03, nach BBC PF, 16.5.03; RIA news agency, Moskau, 26.5.03, nach BBC PF, 27.5.03; Interfax Kasachstan, 5.5.03, nach BBC PF, 6.5.03; Interfax Kasachstan, 8.5.03, nach BBC PF, 9.5.03; Interfax Kasachstan, 19.5.03, nach BBC PF, 20.5.03; Asia-Plus news agency, Dushanbe, 7.5.03, nach BBC PF, 8.5.03; Kyrgyz Radio, 14.5.03, nach BBC PF, 15.5.03; ZXS, 16.5.03, nach BBC PF, 18.5.03) -kg-

11 SARS: Japan hilft China mit Geld und Experten

Aus Furcht vor einem Übergreifen auf das eigene Land unterstützt Japan die chinesische Regierung in ihren Bemühungen, eine weitere Ausbreitung von SARS in China zu unterbinden. Zu diesem Zweck stellte Japan jüngst personelle und finanzielle Unterstützung bereit. Die finanzielle Hilfe für China beläuft sich auf insgesamt ca. 14,9 Mio. Dollar, die vor allem dem zügigen Ankauf von medizinischen Geräten und Medikamenten dienen sollen. Zunächst wurde von der japanischen Botschaft in Beijing jedoch eine Spende von mehr als 77.000 US\$ übergeben, die dem Ankauf von 20.000 Schutzanzügen für das Krankenhauspersonal der Stadt dienen soll.

Zusätzlich traf Mitte Mai eine Gruppe von japanischen Experten in der chinesischen Hauptstadt ein. Die Gruppe bestand aus zwei Ärzten des International Medical Center of Japan, einem Beamten aus dem Außenministerium und einem entsandten der Japan International Cooperation Agency (JICA). Ziel dieser personellen medizinischen Hilfe ist es, die Ansteckung innerhalb von Krankenhäusern zu verhindern. Die Arbeit konzentrierte sich dabei im Mai zunächst allein auf das China-Japan-Freundschaftskrankenhaus in Beijing, das Ende April als Klinik zur Behandlung von SARS-Patienten ausgewiesen worden war. (*Asahi Shinbun*, 12.5.03; *Japan Times*, 12.5.03; SCMP, 12.5.03; XNA, 17.5.03; Kyodo news service, 11.5.03, nach BBC PF, 12.5.03) -kg-

12 China zeigt Präsenz im Nahostkonflikt

In der Person seines Nahost-Sonderbotschafters Wang Shijie zeigt die Volksrepublik China seit einiger Zeit verstärkt Präsenz, Interesse und eigene Statur im israelisch-palästinensischen Konflikt und ist bemüht, sich neben den USA, Russland, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen als Vermittler (das „Mediationsquartett“) zu profilieren. Wang bereiste vom 18. bis 22. Mai den Nahen Osten und führte Gespräche mit den anderen Nahost-Gesandten ebenso wie mit hochrangigen Vertretern der israelischen Regierung und der palästinensischen Autonomiebehörden.

Der chinesische Sonderbotschafter rief während seiner Reise sowohl die palästinensische als auch die israelische Seite dazu auf, nun den vom Mediationsquartett vorgelegten Friedensplan auch zügig im Geiste des gegenseitigen Gebens und Nehmens umzusetzen. Im Gespräch mit Jassir Arafat begrüßte Wang die Zustimmung der Palästinenser zu dem Friedensplan und zeigte sich zuversichtlich für die Errichtung eines unabhängigen Palästina bis 2005. Neben Arafat, der auf Drängen insbesondere der USA politisch kalt gestellt worden war, traf Wang auch mit dem palästinensischen Premierminister Abu Mazen zusammen.

Gegenüber dem israelischen Außenminister Shalom forderte Wang konkrete Maßnahmen seitens der israelischen Regierung, um die humanitäre Lage in den Palästinensergebieten zu verbessern. Erneut vertrat Wang Shijie die chinesische Position, es solle möglichst bald eine Friedenskonferenz unter Beteiligung aller betroffenen Akteure und unter der Leitung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen durchgeführt werden. Im Übrigen müsse die internationale Gemeinschaft dafür Sorge tragen, dass ein effektiver Mechanismus zur Implementierung und zur Überwachung des Friedensprozesses installiert werde.

Im Hinblick auf die größeren Zusammenhänge der Nahostproblematik betonte Wang, der einen Vier-Punkte-Vorschlag der chinesischen Regierung vorstellte, es sei unabdingbar, dass auch die Verhandlungen zwischen Israel und dem Libanon bzw.

Syrien wieder aufgenommen würden. Dies solle frühestmöglich und auf der Grundlage der relevanten Resolutionen des UN-Sicherheitsrates geschehen und des Weiteren dem Prinzip Land für Frieden folgen. Auch hier forderte Wang im Namen der chinesischen Regierung eine stärkere Rolle der Vereinten Nationen. (XNA, 23.5., 29.5.03) -kg-

Innenpolitik

13 SARS: Krisenmanagement der Regierung

Auch im Mai nahm der Kampf gegen SARS (Severe Acute Respiratory Syndrome) in China, das weiterhin das am schwersten von der Lungenkrankheit betroffene Land ist, großen Platz in der internationalen Medienöffentlichkeit ein. Besonderes Augenmerk galt dem Krisenmanagement der neuen chinesischen Regierung um Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao sowie möglichen Implikationen der Krise auf Reformen im politischen System.

Mit der Amtsenthebung des Beijinger Bürgermeisters und des Gesundheitsministers am 20. April hatte die chinesische Regierung nach monatelanger Verharmlosung eine unerwartete Kehrtwende im Umgang mit der Lungenkrankheit vollzogen. Bei einigen Beobachtern schürte dies Hoffnungen auf einen progressiveren Kurs der zentralen Führung in Richtung auf mehr Transparenz und politische Verantwortlichkeit. Manche Analysten stellten in Bezug auf mögliche politische Folgen der SARS-Krise gar einen Vergleich mit den Auswirkungen des Reaktorunglücks von Tschernobyl im Jahre 1986 auf das kommunistische Regime der Sowjetunion an (vgl. C.a., 2003/4, Ü 10, 11).

Die Regierung sendete im Laufe des Monats Signale, die eine neue Entschlossenheit zu mehr Offenheit und Rechenschaftslegung demonstrieren könnten. Den im April auf höchster staatlicher Ebene erfolgten Amtsenthebungen folgten auch auf lokaler Ebene Hunderte von Entlassun-

gen und anderen Disziplinarmaßnahmen gegen Partei- und Regierungsfunktionäre wegen mangelnder politischer Verantwortlichkeit im Kampf gegen die Lungeninfektion. Die Funktionäre hätten SARS-Infektionen vertuscht, Maßnahmen zur Bekämpfung der Lungenkrankheit zu langsam durchgesetzt oder seien dem Dienst ohne Erlaubnis ferngeblieben. Nach Angaben eines für Personalpolitik zuständigen Funktionärs der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh habe es niemals zuvor so viele Entlassungen aufgrund einer unerwarteten Epidemie gegeben.

Als weiteres Zeichen für mehr Transparenz werteten Kommentatoren den wiederholten Aufruf der Regierungsspitze an die Medien, offener und objektiver zu berichten sowie neue SARS-Erkrankungen unmittelbar bekannt zu geben. Tatsächlich erscheint die Berichterstattung der chinesischen Medien über den Kampf gegen SARS lebendiger und offener als zuvor. Im Fernsehen wurden aus vielen Landesteilen Live-Übertragungen von der „SARS-Front“ gesendet. Diese Praxis ist ebenso ungewöhnlich wie die relativ offene Debatte, die in der chinesischen Presse und in Internetforen zur Bewertung des Krisenmanagements der Regierung losgetreten wurde. Neben den größtenteils anerkennden Beiträgen wurde die Arbeit der Regierung auch kritisch bewertet. Politische Reformmaßnahmen wurden artikuliert, die darauf abzielten, das Krisenmanagement zu verbessern und die politische Verantwortlichkeit der Machthaber zu erhöhen. Wie bereits zuvor von internationalen Analysten war nun auch von chinesischen Kommentatoren und Experten vielerorts zu hören, dass die SARS-Krise die Schwächen der politischen Kultur des Landes offenbart und die Wahrnehmung des Reformbedarfs erhöht habe.

Auf einen neuen Kurs informationspolitischer Offenheit scheinen überdies Berichterstattungen über den U-Boot-Unfall (vgl. Übersicht zu diesem Thema weiter unten in dieser Rubrik) und das schwere Minenunglück in der Provinz Anhui Mitte Mai hinzudeuten. Über derart schwerwiegende Unfälle hatten die staatlichen Medien bislang nur rudimentär und mit erheblicher Verzögerung oder gar nicht berichtet. Nach Angabe eines Professors

der renommierten Qinghua-Universität in Beijing habe die Zentralregierung erkannt, dass die staatlichen Medien an Bedeutung verlieren könnten, wenn sie weiterhin lediglich Propaganda sendeten.

Gegen eine wirkliche Lockerung der Medienkontrolle sprechen allerdings Xinhua-Meldungen, nach denen es im Mai zu Verhaftungen von Internetbenutzern gekommen sei, die Gerüchte über SARS verbreitet haben sollen. So erhielt ein Mann in der Provinz Guangxi eine Haftstrafe von zehn Tagen wegen „Verbreitung falscher Informationen und Störung der öffentlichen Sicherheit“. Darüber hinaus konfiszierte die Polizei seinen Computer. Ähnliche Fälle wurden auch aus anderen Landesteilen berichtet.

Die parteistaatliche Führung bedient sich während der Krise zudem verstärkt des staatlichen Propagandaapparates und macht dadurch deutlich, dass sie nicht gewillt ist, die mediale Kontrolle im Kampf gegen die Lungenkrankheit aus der Hand zu geben. Nach Muster der sozialistischen Erziehungskampagnen setzte die Regierung in erheblichem Maße Propagandainstrumente zur Massenmobilisierung im Kampf gegen die Epidemie ein. In Fernsehen und Printmedien wird von einem „Krieg“ gegen SARS gesprochen, in dem „die Massen vereint mit der Partei“ und dem medizinischen Personal „an der Front kämpften“. Darüber hinaus erfuhren seit Beginn der Krise auch andere sozialistische Kontrollinstrumente eine Wiederbelebung: Nachbarschaftskomitees kontrollieren die Wohngebiete, Arbeitseinheiten werden für die Gesundheit ihrer Mitarbeiter verantwortlich gemacht und Bauunternehmer dürfen ihre auswärtigen Wanderarbeiter auf den Baustellen festhalten. Den Dorfkomitees wurde zudem das Recht zuteil, Reisende aus SARS-infizierten Regionen zu isolieren und jeden unter Quarantäne zu setzen, der mit SARS-Patienten in Kontakt gekommen ist.

Internationale Kommentatoren sehen durch das Aufleben traditioneller politischer Instrumente und teils drakonischer Maßnahmen bei der Eindämmung der Lungeninfektion eine Gefahr für die kleinen bürgerlichen Freiheiten, die der allmähliche Rückzug der

Partei aus dem Privatleben der Bevölkerung seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik mitsichgebracht hatte. Dementsprechendes Aufsehen erregte die Verkündung des Obersten Volksgerichtshofs Mitte Mai, dass Personen, die die Seuche vorsätzlich verbreiten, im Extremfall sogar die Todesstrafe drohe.

Durch diese teils drastischen Maßnahmen scheint es der chinesischen Regierung allerdings gelungen zu sein, die Krankheit bis in der zweiten Maihälfte weitgehend unter Kontrolle zu bringen. Die Zahl der Neuinfizierungen ist im ganzen Land stark gesunken. Teilweise konnten die Eindämmungsmaßnahmen sogar wieder gelockert werden. So öffneten in Beijing einige öffentliche und private Dienstleistungseinrichtungen nach einmonatiger Schließung Ende Mai wieder ihre Pforten.

Viele Analysten stimmen darin überein, dass Hu Jintao und Wen Jiabao, die sich während der letzten Zeit ungewohnt häufig in der Öffentlichkeit engagiert und als volksnahe und kompetente Technokraten gezeigt haben, gestärkt aus der Krise hervorgehen und auch innerhalb der Führungsgremien von Partei und Staat an Profil und Autorität gewinnen konnten. Die machtpolitischen Konflikte, die in erster Linie zwischen den Fraktionen um den neuen und den alten Generalsekretär, Hu Jintao und Jiang Zemin, bestehen, scheinen während der Krise in den Hintergrund gedrängt worden zu sein. Letztendlich hat die parteistaatliche Führung während ihres Kampfes gegen die Lungeninfektion weitgehend den Eindruck von Eignigkeit vermittelt. Dafür könnte auch der Einsatz der Armee zur Eindämmung von SARS ein Indiz sein, da diese Entscheidung zweifelsohne die Zustimmung des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission Jiang Zemin benötigte (vgl. die nachfolgende Übersicht), der sich während der Krise weitgehend im Hintergrund hielt.

Uneinigkeit besteht unter Beobachtern weiterhin darüber, ob und welche Folgen die Krise auf das politische System und die politische Praxis in China hat. Neben der Eindämmung der Epidemie und der Bewältigung der ökonomischen Folgen der Krise war und ist es die größte Herausforderung

der parteistaatlichen Führung in Beijing, nicht nur das Image Chinas im Ausland, sondern auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Glaubwürdigkeit der Regierung und der behördlichen Angaben wiederherzustellen. Vor diesem Hintergrund könnte sich das mit der Krise einhergehende Bewusstsein der gesteigerten Notwendigkeit erhöhter informationspolitischer Transparenz, politischer Verantwortlichkeit und einer effektiven Bürokratie auch nach der Überwindung der Epidemie erhalten. So sind viele chinesische Experten der Ansicht, dass die bisher beispiellose Offenheit der Machthabenden in Beijing während des Kampfes gegen SARS einen neuen Standard in der Informationspolitik gesetzt habe. Inwieweit die Ansätze einer Lockerung der Medienkontrolle und die informationspolitische Offenheit auch nach der Überwindung der Krise fortgeführt wird, bleibt abzuwarten. Verlautbarungen, dass in China eine neue von Transparenz und Offenheit geprägte Ära eingeläutet worden sei, steht der Großteil der internationalen und chinesischen Analysten jedoch skeptisch gegenüber. Viele sehen es als wahrscheinlich an, dass die Regierung als Lehre aus der SARS-Krise eher auf eine Bekräftigung ihrer Autorität setzt. (Xinhua, 3., 5., 6., 14., 16., 17., 20.5.03, nach BBC PF, 4., 6., 8., 15., 16., 18., 20., 21.5.03; XNA, 9.5.03; SCMP, 9., 12.5.03; ST, 15.5.03; IHT, 13., 16., 20., 23.5.03; ZXS, 16., 17., 23.5.03, nach BBC PF, 19., 20., 25.5.03; FAZ, 7.5.03; ST, 17.5.03; DGB, 9., 20.5.03, nach FBIS, 15., 27.5.03; NZZ, 23.5.03; FT, 7., 28.5., 2.6.03; WSJ, 15., 22.5., 3.6.03; Liu Baopo, „Containing SARS: A Case Study of China's Bureaucracies“, in: *China Brief*, vol. 2, issue 11; FEER, 5.6.03) -bk-

14 Mobilisierung der Armee im Kampf gegen SARS

Zur Eindämmung der Lungenkrankheit SARS wurden im Mai in großem Ausmaße militärische Einsatzkräfte mobilisiert. Nachdem bereits Ende April 1.200 Elitefachkräfte des medizinischen Personals der Volksbefreiungsarmee (VBA) in einem neu errichteten Krankenhaus in Beijing den Dienst antraten, wird das Militär seit

Anfang Mai auch in anderen Landes- teilen eingesetzt.

In der südwestchinesischen Provinz Sichuan wurden beispielsweise über eine Million militärische Helfer in die ländlichen Gebiete geschickt, um die dortige Bevölkerung über Vorbeugungsmaßnahmen zu informieren und bei Bedarf bei der Feldarbeit zu unterstützen. Da in dieser Provinz viele der zeitweise in den Städten arbeitenden Bauern in der Sommerzeit zur Ernte und zum Bestellen der Felder in ihre Heimatdörfer zurückkehren, will man auf diese Weise verhindern, dass die mehr als zehn Millionen Wanderarbeiter die Lungeninfektion aus den urbanen Zentren in den ländlichen Raum verschleppen. Auch in der ostchinesischen Provinz Shandong, in der es ein ähnlich großes Heer an Wanderarbeitern gibt, organisierte die Armee den Einsatz von einer Million militärischer Einsatzkräfte.

In anderen Provinzen, etwa in Jiangsu, wurden Soldaten und Reservisten zur Herstellung von SARS-Aufklärungspostern abkommandiert. Darüber hinaus wurden sie damit beauftragt, der städtischen und ländlichen Bevölkerung zu helfen und für Sauberkeit und Hygiene zu sorgen. In Shanxi setzte man medizinische und technische Einheiten der VBA ein, um von Menschen hochfrequentierte Orte – wie beispielsweise Bus- und Bahnstationen – zu sterilisieren. Zudem sollten die militärischen Einsatzkräfte die Arbeit der Polizei und Gesundheitsbehörden unterstützen, indem sie Überwachungsstationen an den Zugangsstraßen der Dörfer errichteten.

Seit der Jahrhundertflut am Yangzi 1998 ist es das erste Mal, dass Einheiten und Personal der etwa drei Millionen Mann starken VBA in diesem Umfang mobilisiert wurden. Erstaunlich ist, dass der Einsatz des Militärs im Kampf gegen SARS erst zu einem relativ fortgeschrittenen Zeitpunkt der Krise erfolgte, zumal die Armee über ein gut entwickeltes medizinisches Notfallsystem verfügen soll. Einige Analysten vermuten dahinter den anfänglichen Unwillen Jiang Zemins, Vorsitzender der Zentralen Militärkommission (ZMK) und damit Oberbefehlshaber der Streitkräfte, den neu eingeschlagenen Kurs der Regierung um Staats- und Parteichef

Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao zu unterstützen. Die verzögerte Hilfeleistung demonstrierte die Schwäche des Dualismus von Militär- und Regierungsautorität, wie sie nach dem offiziellen Führungswechsel im März dieses Jahres durch das Festhalten Jiangs am Amt des Leiters der ZMK entstanden ist. (ST, 3.5.03; *Hong Kong Hsin Pao*, 6.5.03, nach FBIS, 9.5.03; China National Radio, 7.5.03, nach BBC PF, 9.5.03; Xinhua, 6., 8., 15., 16.5.03, nach BBC PF, 9., 13., 18., 21.5.03; ZXS, 14.5.03, nach BBC PF, 16.5.03) -bk-

15 Haftstrafen für prodemokratische Kräfte und neue Anklagen wegen „Subversion“

Im Mai wurden mehrere Fälle von Verurteilungen prodemokratischer Aktivisten in China bekannt. Am 9. Mai meldete die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua, ein Gericht in Liaoyang (Provinz Liaoning) habe die beiden Industriearbeiter Yao Fuxin und Xiao Yunliang der versuchten Subversion für schuldig befunden und zu Gefängnisstrafen von sieben bzw. vier Jahren verurteilt. Nach Anklageerhebung im Dezember 2002 hatte Mitte Januar diesen Jahres ein für die Öffentlichkeit zugänglicher Prozess stattgefunden. Den beiden Männern wird vorgeworfen, sie hätten eine „aktive Rolle beim Versuch der heimlichen Errichtung einer Zweigstelle der so genannten 'Demokratischen Partei Chinas' in Liaoning gespielt“, und damit beabsichtigt, „die Staatsmacht und das sozialistische System zu stürzen“. Die Demokratische Partei Chinas war im Sommer 1998 gegründet und im September des gleichen Jahres verboten worden. Seither sind Dutzende Mitglieder der Partei wegen umstürzlerischer Aktivitäten zu meist langjährigen Haftstrafen verurteilt worden (vgl. beispielsweise C.a., 2002/5, Ü 14; C.a., 2000/12, Ü 13). Ob die beiden Industriearbeiter Mitglieder der zerschlagenen Demokratischen Partei waren, bleibt unklar.

Ebenfalls am 9. Mai wurde der chinesische Computer-Ingenieur Huang Qi von einem Gericht in Chengdu (Provinz Sichuan) zu fünf Jahren Haft verurteilt. Die Anklage lautete auch hier auf „Subversion der Staatsmacht“.

Der 40-jährige Ingenieur hatte 1998 die Webseite www.6-4tianwang.com ins Leben gerufen, die ursprünglich als Forum für die Suche nach Vermissten diente. Auf der Seite tauchten jedoch bald auch Artikel auf über Falun Gong, die Unabhängigkeit Xinjiangs, Chinas Demokratiebewegung und die Niederschlagung der Studentenproteste 1989 auf. Huang Qi bestreitet, diese Artikel selbst ins Internet gestellt zu haben. Der Name seiner Webseite, die seit ihrer Stilllegung durch die chinesischen Behörden im März 2000 aus dem Ausland betrieben wird, erinnert an das Datum der Niederschlagung der Protestbewegung am 4. Juni 1989, das in China mit den beiden Ziffern „6-4“ abgekürzt wird.

So weit bekannt handelt es sich bei Huang Qi um den ersten Fall strafrechtlicher Verfolgung in Folge der Veröffentlichung politisch kritischen Materials im Internet. Das Verfahren gegen den Computerfachmann, der bereits im Juni 2000 verhaftet und dem im August 2001 nach dreimaligem Aufschub der Prozess gemacht worden war, hatte sich ungewöhnlich lange hingezogen. Frank Lu vom Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy vertritt hierzu die Ansicht, die chinesischen Behörden hätten die Fokussierung der internationalen Presse auf den Kampf gegen SARS dafür genutzt, Huang Qi und eine Reihe anderer Dissidenten zu verurteilen, ohne großes Aufsehen zu erregen.

Nach Angaben von Human Rights in China (HRIC) wurden am 28. Mai vier weitere Internet-Aktivistinnen wegen subversiver Aktivitäten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Ein Gericht in Beijing verhängte gegen den Journalisten Xu Wei und den Geologen Jin Haike zehn Jahre sowie gegen den Computerfachmann Yang Zili und den Schriftsteller Zhang Honghai acht Jahre Freiheitsstrafe. Die vier hatten eine Reihe von Artikeln ins Internet gestellt, in denen sie ihre Besorgnis über die sozialen Verhältnisse in China zum Ausdruck brachten. Zudem sollen sie mit der „Erforschung sozialreformerischer Ansätze“ organisatorisch aktiv geworden sein. Die vier Männer waren bereits im März 2001 verhaftet worden, der Prozess fand im September des gleichen Jahres statt (vgl. C.a., 2001/9, Ü 7). Wie im Falle des Com-

puter-Ingenieurs Huang Qi war auch in diesem Strafverfahren die Urteilsverkündung lange Zeit aufgeschoben worden.

Wie die *South China Morning Post* berichtet, seien bisher mindestens 36 „Cyber-Dissidenten“ in China verurteilt worden, die von den chinesischen Behörden als „subversiv“ eingestuftes Material ins Internet gestellt hatten. So meldeten Hongkonger Medien Anfang Mai eine weitere Anklageerhebung gegen einen prodemokratischen Aktivistin wegen versuchten Regierungsumsturzes. Dabei handele es sich um den langjährigen Demokratie-Befürworter Yan Jun, einen Mittelschullehrer aus Xi'an (Provinz Shaanxi), der Anfang April verhaftet worden war. Der Familie des Verhafteten seien von den zuständigen Behörden bislang keine genauen Gründe für die Anklage genannt worden. Der in Beijing lebende Dissident Ren Wanding, ein Freund von Yan Jun, bringt die Verhaftung des Lehrers mit dessen Webseite in Verbindung, auf der Yan Dutzende von Artikeln mit der Forderung nach Meinungsfreiheit und politischen Reformen veröffentlicht hat. Yan Jun sei jedoch kein Mitglied der verbotenen Demokratischen Partei Chinas. Bereits 1996 hatte der Mittelschullehrer eine Haftstrafe von 15 Monaten verbüßt, weil er in einem Essay an die chinesische Führung deren Korruptionsbekämpfungskampagnen kritisiert und darauf hingedeutet hatte, dass Korruption auch ein Problem in den höchsten Führungsebenen sei.

Nach Frank Lu vom Hongkonger Informationszentrum bezeugen die neuerlichen Urteile und Anklagen gegen prodemokratische Aktivistinnen den erschütterlichen Willen der chinesischen Zentralregierung, auch während des Kampfes gegen SARS alle Informationen zu kontrollieren. (Xinhua, 9.5.03; Hong Kong AFP, 11., 18.5.03, nach FBIS, 12., 19.5.03; SCMP, 12., 19.5.03; SZ, 19.5.03; Human Rights in China, 28.5.03; CNAT, 29.5.03, nach BBC PF, 29.5.03) -bk-

16 Korruptionsbekämpfung: ehemaliger Gouverneur der Provinz Yunnan zum Tode verurteilt

Nach offiziellen Medienberichten hat ein Gericht in Beijing am 9. Mai gegen den ehemaligen Gouverneur der südchinesischen Provinz Yunnan, Li Jiating, wegen Annahme von Bestechungsgeldern die Todesstrafe verhängt.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Beklagte im Zeitraum zwischen 1994 und Juli 2000 in seinen Funktionen als Mitglied des Ständigen Ausschusses und stellvertretender Sekretär des Parteikomitees der KP-Ch der Provinz Yunnan sowie als stellvertretender Gouverneur und später als Gouverneur der Provinzregierung seine Macht missbraucht und im Alleingang sowie zusammen mit seinem Sohn, Li Bo, Bestechungsgelder in Höhe von 18,1 Mio. Yuan angenommen habe. Die besondere Schwere des Verbrechens rechtfertige die Verhängung der Todesstrafe. Da sich Li Jiating während des Prozesses kooperativ verhalten, sein Verbrechen gestanden und bereut sowie zur Aufklärung anderer Straftaten beigetragen habe, gewährte ihm das Gericht einen zweijährigen Strafaufschub.

Unterdessen kündigte die Zentralregierung in Beijing Anfang Mai an, in den nächsten Monaten drei weitere hochrangige Provinzfunktionäre wegen Verwicklung in Korruptions-skandale vor Gericht zu stellen. Hierbei handelt es sich um Zhang Guoguang, ehemaliger Gouverneur der Provinz Hubei, Cheng Weigao, ehemaliger Parteisekretär der Provinz Hebei, sowie Liu Fangren, ehemaliger Parteisekretär der Provinz Guizhou.

Mit dem Todesurteil und den angekündigten Strafprozessen gegen Regierungs- und Parteivertreter der höchsten Ebenen signalisiert die neue chinesische Regierung ihre Entschlossenheit, den jüngsten Appellen zur Korruptionsbekämpfung auch Taten folgen zu lassen (vgl. C.a., 2003/2, Ü 8, 2003/3, Ü 10). Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Strafprozesse als eindringliche Warnung für andere hochrangige Funktionäre dienen werden. Hongkonger Analysten zu Folge wird es jedoch

schwer sein, korrupte Praktiken innerhalb der Führungselite des Landes gänzlich auszumerzen. Sie weisen darauf hin, dass dieses Ziel nicht erreicht werden könne, ohne auch drastische Maßnahmen zur Kontrolle der geschäftlichen Aktivitäten der Familienmitglieder hochrangiger Funktionäre zu ergreifen. Oft nutzten gerade diese den politischen Einfluss der Führungskader, um sich auf illegale Weise zu bereichern. (SCMP, 6.5.03; Xinhua, 9.5.03, nach BBC PF, 10.5.03; *Hong Kong Hsin Pao*, 30.5.03, nach FBIS, 4.6.03) -bk-

17 Wahl eines lokalen Volkskongress-Delegierten ohne Nominierung durch die KP-Ch

Bei den Wahlen zum Volkskongress des Shenzhener Stadtbezirks Futian wurde ein im Ausland ausgebildeter Akademiker ohne die normalerweise übliche Nominierung durch das zuständige Parteigremium zum Abgeordneten gewählt.

Wang Liang, Leiter einer technischen Hochschule, gewann die Wahl mit 1.308 von fast 3.000 Stimmen der Wählerschaft des Stadtbezirks. Die staatlichen Medien lobten den Ausgang der Abstimmung als Zeichen für politischen Fortschritt. Die Beijing-nahe Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* zitiert in diesem Zusammenhang einen Akademiker aus Shenzhen, der den Erfolg des 44-jährigen Professors als „wertvollen Beitrag Shenzhens in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in China“ bezeichnet.

Die auf allen Verwaltungsebenen eingerichteten Volkskongresse sind laut Verfassung von 1982 „Organe, durch die das Volk die Staatsmacht ausübt“ (Art. 2). Formal vereinen sie legislative, judikative und exekutive Funktionen; die Regierungen aller Ebenen sind vollziehende Körperschaften der jeweiligen Volkskongresse (Art. 105). In der politischen Praxis unterstehen die Volkskongresse jedoch der Kontrolle der Parteigremien. Auch wenn in den letzten Jahren vermehrte Anzeichen für die Entfaltung eines begrenzten politischen Eigenlebens der Parlamente auszumachen sind, spielen sie für den politischen Entscheidungsfindungsprozess keine zentrale Rolle.

Auf den höheren Verwaltungsebenen werden die Delegierten indirekt von den Kongressen der jeweils untergeordneten Ebenen gewählt, was den Organisationsabteilungen der KPCh erheblichen Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Kongresse bietet. Die Wahl der Volksvertreter auf den unteren Verwaltungsebenen, also auf der Gemeinde- und Kreisebene, wozu auch Stadtbezirke und Städte ohne Stadtbezirke zählen, erfolgt direkt. Allerdings diktieren auch hierbei im Regelfall die Parteigremien die Kandidatenlisten. Von freien Wahlen, wie sie ansatzweise seit Mitte der achtziger Jahre auf der dörflichen Selbstverwaltungsebene und seit Ende der neunziger Jahre vereinzelt auf Gemeindeebene sowie in städtischen Gebieten bei der Berufung der Nachbarschaftskomitees durchgeführt werden (vgl. C.a., 2000/7, Ü 13), kann jedoch nicht die Rede sein.

Unter diesen Umständen ist der Fall in Shenzhen eine bemerkenswerte Ausnahme. Es ist aber davon auszugehen, dass die Wahl von Wang Liang nicht ohne Billigung der Parteigremien zustande kam. Auf dem XVI. Parteitag der KPCh im November letzten Jahres hat sich die Parteiführung unter anderem für eine Erweiterung der „geordneten Beteiligung der Bürger an politischen Angelegenheiten“ sowie eine Stärkung der Volkskongresse ausgesprochen (vgl. C.a., 2002/12, S.1.402-1.412, hier S.1.410/1.411). Ziel dieser Reformvorschläge ist jedoch keinesfalls eine parlamentarisch-demokratische Öffnung; vielmehr bezweckt die Parteiführung in erster Linie eine gesteigerte Rolle der Volkskongresse bei der Haushalts- und Korruptionskontrolle gegenüber regionalen Regierungskörperschaften. Die Volkskongresse sollen somit zur Modernisierung und Steigerung der Effizienz des Verwaltungssystems beitragen.

Experten an Hongkonger Universitäten warnen davor, die Wahl von Professor Wang in Shenzhen zu hoch zu bewerten. Zwar sei es ein Schritt in die richtige Richtung, da Menschen wie Wang Liang einen positiven Trend in der chinesischen Politik setzen könnten, jedoch signalisiere das Ereignis keinesfalls eine beschleunigte demokratische Entwicklung in der Volksrepublik. Grundvoraussetzung dafür sei letztendlich auch die bürgerliche Frei-

heit. (*Wen Wei Po* online (Hongkong), 21.5.03; SCMP, 22.5.03, nach BBC PF, 23.5.03) -bk-

18 U-Boot verunglückt

Anfang Mai gab die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua den Unfall eines chinesischen Unterseebootes bekannt. Alle 70 Besatzungsmitglieder sollen dabei ums Leben gekommen sein.

Das Unglück, wahrscheinlich das schwerste in der Geschichte der chinesischen Marine seit Gründung der Volksrepublik, soll sich bei einer Übung östlich der Neichangshan-Inselgruppe vor der nordostchinesischen Küste der Provinz Shandong ereignet haben. Als Ursache wird technisches Versagen angegeben. Zum genauen Zeitpunkt der Katastrophe wurden keine Angaben gemacht.

Nach Bekanntgabe der Tragödie sendete Jiang Zemin in seiner Funktion als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission (ZMK) ein Kondolenzschreiben an die Familienangehörigen der Besatzungsmitglieder. Bei dem kurz darauf stattfindenden Treffen mit den Hinterbliebenen in Dalian, einer Küstenstadt in der Provinz Liaoning im Nordosten von China, sprachen Jiang Zemin sowie die Vizevorsitzenden der ZMK Hu Jintao, Guo Boxiong und Cao Gangchuan den Angehörigen persönlich ihr Beileid aus und versprachen die Aufklärung der Katastrophe. Jiang lobte den Mut und Patriotismus der verunglückten Offiziere und Matrosen und appellierte an alle Mitglieder der Volksbefreiungsarmee (VBA), diesen „patriotischen Geist“ fortzuführen. Staats- und Parteichef Hu Jintao forderte die Angehörigen auf, ihre „Trauer zu kontrollieren und ihren Schmerz als Quelle der Stärke im Kampf gegen SARS, für die Stärkung der nationalen Verteidigungsfähigkeit, die Modernisierung der Volksbefreiungsarmee und des Landes zu nutzen“. Auch bei der offiziellen Trauerfeier am 20. Mai in Dalian waren Jiang Zemin, Hu Jintao und andere hohe Militärvertreter zugegen.

Chinesischen Militäranalysten zu Folge handelte es sich bei dem verunglückten Unterseeboot Nr.361 um einen chinesischen Eigenbau der Ming-Klasse. China hatte in den sechzi-

ger Jahren ein groß angelegtes Programm zum Bau von Unterseebooten, die sowohl mit Dieselmotoren als auch mit Nuklearantrieb ausgestattet wurden, in Angriff genommen. Der heutige Umfang der chinesischen U-Boot-Flotte wird von westlichen und chinesischen Marineexperten auf bis zu 100 Schiffe geschätzt, wovon viele aber veraltet seien. Die U-Boote der Ming-Klasse, die seit den siebziger Jahren gebaut werden, sind die ersten aus eigener chinesischer Entwicklung und Produktion.

Nach Hongkonger Medienberichten eignete sich das Unglück bereits Mitte April. Als mögliche Ursache wird von chinesischen Fachleuten ein defekter Dieselmotor angegeben, der dem Boot Sauerstoff entzogen und zum sofortigen Erstickungstod der 70 Seeleute geführt haben könnte. Auch westliche Marineexperten halten diese Erklärung für plausibel.

Auch wenn keine genauen Details des Unglücks bekannt gegeben wurden, hat die Berichterstattung über den Vorfall Erstaunen hervorgerufen. Nach Angaben von Experten sei es das erste Mal, dass China einen fatalen U-Boot-Unfall bekannt gegeben hat. Zuvor habe es immer wieder Gerüchte über Unfälle chinesischer Unterseeboote gegeben, jedoch wurden diese nie von offizieller Seite bestätigt.

Einige Beobachter werten die Bekanntgabe der Katastrophe als Schritt zu mehr Transparenz und Offenheit der chinesischen Führung, so wie es die neue Regierung um Hu Jintao und Wen Jiabao im Kampf gegen SARS versprochen hat (vgl. C.a., 2003/4, Ü 10, S.449-460 und die Übersicht zum Krisenmanagement der Regierung in dieser Rubrik). Zudem muss davon ausgegangen werden, dass die Berichterstattung über den Unfall nicht ohne die Zustimmung von Jiang Zemin erfolgte. Dieser verfügt unter anderem durch das Amt des Vorsitzenden der ZMK auch nach dem offiziellen Führungswechsel weiterhin über eine exponierte Machtposition. Möglicherweise erfolgte die Bekanntgabe des Unglücks aber auch deshalb, weil sich die Tragödie ohnehin nicht mehr verheimlichen ließ. (Xinhua, 3., 5., 20.5.03, nach BBC PF, 4.5.03; FBIS, 6., 21.5.03; DGB, 3.3.03; XNA, 4., 5.5.03; *Wen Wei Po* (Hong-

kong), 3., 8.5.03, nach FBIS, 5., 9.5.03; ST, 4.5.03; MBY, 9.5.03, nach FBIS, 29.5.03) -bk-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

19 Forderung nach Gleichbehandlung privater und öffentlicher Schulen

In den letzten Jahren sind Privatschulen in China wie Pilze aus dem Boden geschossen; sie entwickeln sich vornehmlich in den wirtschaftlich prosperierenden Landesteilen. Im Dezember 2002 wurde ein Gesetz über Privatschulen verabschiedet, das am 1. September 2003 in Kraft tritt. Darin ist die rechtliche Gleichstellung privater und öffentlicher Schulen festgelegt. Allerdings lässt sie im Schulalltag nach wie vor auf sich warten; de facto werden die Privatschulen immer noch benachteiligt, wie jüngste Klagen aus der Stadt Shenzhen zeigen. Dort gibt es eine große Zahl von Privatschulen, und zwar auf allen Schulstufen von der Elementar- über die Berufs- bis zur Hochschulbildung. Ein Drittel aller Schulen wird in Shenzhen bereits von privater Seite betrieben. Einige Bildungsbehörden sehen die Privatschulen durchaus positiv, denn diese erweitern nicht nur die Bildungschancen für die Bevölkerung, sondern tragen auch dazu bei, die chronische Unterfinanzierung des Schulwesens zu mildern, das Schulwesen vielseitiger zu gestalten und den Wettbewerb zu fördern. Doch die Leiter der Shenzhener Privatschulen klagen über die Ungleichbehandlung vonseiten der Behörden. Sie hätten immer noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die die Entwicklung des Privatschulsektors ernsthaft behinderten.

Als Erstes nennen die Schulleiter das Lehrerproblem. Gute Lehrer sind Voraussetzung für gute Schulen. In Shenzhen jedoch sind die Lehrerkollegien an den Privatschulen äußerst instabil, es herrscht eine große Fluktuationsrate, und dies beeinträchtigt die Qualität der Schulen. Die Gründe dafür sind zweifacher Natur: zum einen ist es die Behandlung, zum anderen die Schwie-

rigkeit des Zuzugs. Was die Behandlung betrifft, so wurden in der Vergangenheit die Lehrer an einer ganzen Reihe guter Privatschulen besser bezahlt als Lehrer an öffentlichen Schulen. Seit die Gehälter der Lehrer an öffentlichen Schulen in den letzten Jahren immer mehr steigen, können die Privatschulen mit ihrer angespannten finanziellen Lage nicht mehr mithalten, sodass sich ihre Lehrer zunehmend schlechter stehen. Das Problem des Zuzugs für Fachleute aus anderen Landesteilen hängt sicherlich damit zusammen, dass Shenzhen als entwickelte Sonderwirtschaftszone ein begehrter Ort ist. Aber die Personalämter weigern sich vielfach, Zuzugsgenehmigungen zu erteilen. Während Privatbetriebe, die von außerhalb Personal anheuern wollen, anscheinend keine Schwierigkeiten haben, Zuzugsgenehmigungen zu erhalten, ist dies für Privatschulen praktisch unmöglich. Dabei würden die Privatschulen liebend gern Jungakademiker, die gerade ihren M.A. oder B.A. gemacht haben, aus dem Inland einstellen. Dies ist eine der Ungereimtheiten des chinesischen Personalwesens: Auf der einen Seite wird öffentlich über die Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen geklagt, auf der anderen Seite wird Hochschulabsolventen der Zuzug in eine Stadt wie Shenzhen, wo sie als Lehrer gebraucht würden, verweigert.

Eine weitere Benachteiligung liegt darin, dass die Behörden die Privatschulen nicht berücksichtigen, wenn es darum geht, gute Schulen auszuzeichnen. Derzeit ist die Stadt Shenzhen dabei, alle Grund- und Mittelschulen zu begutachten und die guten Schulen auszuzeichnen. In die Aktion sind aber nur die öffentlichen, nicht die Privatschulen einbezogen, obgleich es gerade unter Letzteren sehr gute Schulen gibt.

Das neue Gesetz zur Förderung der Privatschulen verfüge zwar die rechtliche Gleichstellung öffentlicher und privater Schulen, so heißt es, aber die praktische Umsetzung sei noch völlig unzureichend. Vor allem müsse Shenzhen etwas tun, um die Privatschulen finanziell zu unterstützen, denn schließlich entlasteten diese den öffentlichen Haushalt in nicht unerheblichem Maße. In Shenzhen stellten die Privatschulen nicht nur eine Ergänzung zum öffentlichen Schulwesen